

Chancen erkennen, Fähigkeiten nutzen



Das Bildungssystem ist im Jahr 2013 tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Die Umstellungen betreffen nicht nur die Verkürzung der Schulzeit, was einen erheblichen Mehraufwand für Schüler und nicht zuletzt die Lehrkräfte verursacht. Auch treffen Pädagogen und Lehrkräfte durch den demografischen Wandel zunehmend auf Kinder und Jugendliche, die aus völlig unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und kulturellen Bezugssystemen stammen.

Gerade bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund ist die individuelle Sprachkompetenz nicht immer einheitlich. Manche Kinder sprechen die deutsche Sprache erst seit ein paar Jahren und haben so oftmals Schwierigkeiten, dem schnellen Tempo der heutigen Schulausbildung zu folgen. Dass jedoch Vielfalt und Mehrsprachigkeit gerade in einer globalisierten Gesellschaft wichtige Schlüsselkompetenzen darstellen, die auch „einheimische“ Schüler weiterbringen, kommt an vielen Stellen zu wenig Bedeutung zu. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) veranstaltete vergangenen Dienstag gemeinsam mit Vertretern der Stadt Mainz sowie dem Institut zur Förderung von Bildung und Integration Mainz (INBI) zu dieser Thematik eine Fachtagung im Rathaus der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. An Workshops und Vorträge schloss sich eine Podiumsdiskussion an, bei der die Wichtigkeit von Vielfalt und Mehrsprachigkeit gemeinsam mit den etwa 80 Teilnehmer/innen anhand der präsentierten Ergebnisse präsentiert wurden.

Zwei-Klassen-Gesellschaft verhindern

Auf die Einleitungsfrage von Frau Peimaneh Nemazi-Lofink, welche Maßnahmen zur Förderung von Interkultureller Öffnung und Integration getroffen werden sollten, erläuterte der Staatssekretär des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums, Hans Beckmann, zunächst die besonderen Herausforderungen an das Bildungssystem, die der demografische Wandel verursache: „Im Jahr 2020 wird es etwa 100.000 Schüler weniger in Rheinland-Pfalz geben. Die dadurch notwendige Verdichtung der Schulsysteme wurde durch die Einführung der Realschule Plus bereits umgesetzt. Dazu haben wir aktuell 144 Lehrer, die Herkunftssprachenunterricht für ca. 13.500 bis 14.000 ausländische Schüler pro Jahr geben. Dabei geben wir uns größte Mühe, diese in das „normale“ Schulleben zu integrieren, auch dadurch das 141 von ihnen direkt beim Land angestellt und somit gleichberechtigt sind.“ Um die genannten Ziele zu erreichen sei vor allem „Verstetigung und die Mitarbeit aller Lehrkräfte entscheidend“. Konkrete Zahlen, was genau dafür getan wird, konnte er allerdings nicht nennen. Prof. Otto Filtzinger vom Verein für interkulturelle Pädagogik im Elementarbereich, sprach sich daraufhin für eine tiefgreifende Bewusstseinsänderung nicht nur im Bildungssektor aus: „Mehrsprachigkeit und Vielfalt muss ein selbstverständlicher Teil in allen Bereichen werden, auch bei deutschen Schülern. Dafür ist auch eine Änderung beziehungsweise Anpassung der Sprachtests und die Ergänzung des Unterrichts auf weiterführenden Schulen notwendig, beispielsweise durch die Einführung von Sprachunterricht in mittlerweile alltäglichen Sprachen wie Russisch, Arabisch,

Türkisch et cetera“. Dem schloss sich auch Miguel Vicente, Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz an: „Ich selbst kam erst als junges Kind nach Deutschland und habe Spanisch- und Deutschsprachigen Unterricht erhalten. Die heutigen Maßnahmen sind im Vergleich zu meinen Erfahrungen aus den 70er Jahren schon erheblich besser geworden, aber der Gesamtprozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Zum Beispiel wird die interkulturelle Öffnung der Schulen an sich erst seit kurzem diskutiert. Die Auseinandersetzung mit dieser Thematik rührt dabei von Erfahrungen aus etwa 50 Jahren Migrationsgeschichte in Deutschland. Migranten benötigen keinen „Sonderunterricht“, sondern selbstverständliche Integration in den Schul- und Lebensalltag.“ Die Verstetigung dieser Prozesse, auch in der Erwachsenenbildung, zusammen mit der Öffnung, sei ein zentrales und gemeinsames Ziel des Büros und des Bildungsministeriums. Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW, unterstrich diese Forderungen, und nannte konkrete Forderungen an die zuständigen Stellen: „Einwanderung und Mehrsprachigkeit sind keine Bedrohung, sondern eine Auszeichnung und Aufgabe zugleich für ein Land wie Deutschland“. Gerade in Rheinland-Pfalz sei Einwanderung historisch gesehen zudem keine ungewöhnliche Situation. „Unsere Forderungen sind: Mehr Lehrer mit Migrationshintergrund in den Schulen anstellen und deren Potential nutzen, regelmäßige Fortbildung und Information bereits in der Lehrerausbildung und nicht zuletzt höhere Investitionen in den Bildungssektor. Auch muss das Fremdsprachenkonzept grundlegend überarbeitet werden“ Dass Bildung in Rheinland-Pfalz weiterhin nicht durch Gebühren beschränkt und die Schülerzahl pro Klasse, zumindest in Grundschulen, sehr niedrig gehalten wird, lobte er außerdem ausdrücklich. Fragwürdig bleibt dabei jedoch das Problem der Zunahme von Privatschulen in Rheinland-Pfalz. Ist dies nur eine indirekte Reaktion der Bürger auf die unzureichenden Maßnahmen der Regierung zu diesem Thema? Im Anschluss an die Diskussion wurde das Wort an das Plenum übergeben. Dabei wurde deutlich, dass es oftmals am Informationszugang hapert. Das Angebot an Fördermitteln und Hilfestellungen für Schulen ist de facto sehr groß. Doch stehen die Verantwortlichen oft alleine da und müssen sich durch einen Berg von Dokumenten und Anträgen arbeiten, bis etwas geschieht. Hier ist aktives Handeln der Ministerien gefragt, die den Ausbildungsstätten gezielt Personen mit der entsprechenden Kenntnis zur Verfügung stellen und Hilfestellung geben. Der nächste Kritikpunkt war der relativ geringe Stellenwert, den die interkulturelle Bildung im Lehramtsstudium einnimmt. Meistens wird lediglich theoretisches Wissen vermittelt, im praktischen Schulalltag hilft das den angehenden Lehrkräften allerdings wenig. Auch sei die Haltung problematisch, Sprachdefizite mit geringer kognitiver Leistungsfähigkeit gleichzusetzen. So sind Schüler in vielen Fällen zur Wiederholung einer Klasse gezwungen, bei denen nicht das Verständnis für den Stoff an sich, sondern nur für die Sprache fehlt. Wenn der Schüler aber bedingt durch den Ortswechsel die Sprache beispielsweise erst seit zwei Jahren spricht, dann muss man natürlich auf diese Umstände Rücksicht nehmen. Einfach die Klasse mit demselben Defizit wie zuvor zu wiederholen nützt in diesem Fall nicht sonderlich viel. Der Übergang zwischen Kita und Schule sei hier der entscheidende Ansatzpunkt für individuelle Förderung, so die Meinung einer anwesenden Lehrkraft. Prof. Filtzinger bestätigte die Aussagen und machte die enorme Wichtigkeit von Fortbildungen deutlich. „Wenn ein Lehrer mit einer Ausbildung, die in diesem Bereich auf dem Stand von vor 20 Jahren ist, heute auf diese Neuzusammensetzung von Schülern trifft, ist er oftmals überfordert. Die Fortbildung dient auch dem Selbstzweck, nämlich der eigenen Fähigkeit, den Beruf anhand aktueller Gesichtspunkte durchzuführen.“ Dazu würden die Sprachförderkräfte zu wenig unterstützt. In Bezug auf die Schulevaluationen, die im Land an Schulen zu diesem Zweck durchgeführt werden, sagte Filtzinger, dass es nicht ausreiche, regelmäßig Befragungen in Schulen durchzuführen. Noch wichtiger sei es, auch auf die Ergebnisse ebendieser zu reagieren und den Unterricht anzupassen.

Es ist erstaunlich, dass in einer wohlhabenden Industrienation, wie sie Deutschland nun mal ist, der Zugang zu Bildung weiterhin so stark von der sozialen Herkunft abhängig ist. Gerade, was den demografischen Wandel betrifft, sind ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland wichtiger denn je. Gleichzeitig ist Deutschland, was die Ausgaben für Bildung betrifft, europaweit nur unterer Durchschnitt. Wer das Potential, was gerade in den ausländischen und deutschen Jugendlichen steckt, nicht voll ausschöpft, riskiert auf lange Sicht Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit und sorgt indirekt für eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Nur durch vollständige Inklusion aller Einwohner Deutschlands ist diese Entwicklung noch abzuwenden. Bleibt zu hoffen, dass die Politik dies früh genug erkennt und dementsprechend handelt.

Redaktion: David Achtstein